

Werk

Titel: Rezensionen / Book reviews

Ort: Duisburg ; Essen

Jahr: 2012

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?636201856_0008 | LOG_0014

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

✉ info@digizeitschriften.de

Rezensionen / Book Reviews

Susan Buck-Morss, *Hegel und Haiti. Für eine neue Universalgeschichte*, Suhrkamp: Berlin 2011. 221 Seiten. € 16,00

Im Zentrum dieses Buches steht der Essay „Hegel und Haiti“, den die amerikanische Philosophin Susan Buck-Morss bereits im Jahr 2000 in der Zeitschrift *Critical Inquiry* veröffentlichte. Eine erste deutsche Übersetzung erschien drei Jahre später in einer durch das Berliner Haus der Kulturen der Welt herausgegebenen Publikation. Zusammen mit dem Essay „Universalgeschichte“ ist „Hegel und Haiti“ jetzt erneut veröffentlicht worden. Zugleich sind beide Essays mit einer Einleitung versehen worden.

Buck-Morss setzt sich in ihrem Buch mit „den historischen Ursprüngen der Moderne“ (S. 109) auseinander und umkreist eine Vielzahl von Themen: von den schwarzen Sklaven in Europa über den buntscheckigen Haufen der Seeleute bis hin zu den Freimaurer-Logen der Cherokee-Indianer. Im Mittelpunkt steht jedoch der Zusammenhang zwischen zwei Entwicklungen, die für gewöhnlich getrennt voneinander betrachtet werden. Zum einen wendet sich Buck-Morss der Dialektik von Herr und Knecht zu, die Hegel in der 1807 veröffentlichten *Phänomenologie des Geistes* entwickelte. Hegel begreift „Herr“ und „Knecht“ als zwei entgegengesetzte „Gestalten des Bewusstseins“ (S. 80). Während das Bewusstsein des „Herren“ selbstständig sei, seien für das Bewusstsein des „Knechts“ die fehlende Anerkennung und die „Dingheit“ das Wesentliche (zit. S. 81). Doch im Verlauf der dialektischen Bewegung verliere der Herr seine Selbstständigkeit und es werde deutlich, dass er in Wahrheit von der Anerkennung des Knechtes abhängig sei. Zum anderen geht Buck-Morss auf die Haitianische Revolution ein, die im Jahr 1791 mit einem bewaffneten Aufstand der Sklaven in der

französischen Kolonie Saint-Domingue begann. Saint-Domingue war zu diesem Zeitpunkt die reichste Kolonie des gesamten europäischen Kolonialreichs. 500.000 Sklaven, die gemäß dem *code noir* als Dinge galten, wurden zur Arbeit auf den dortigen Zuckerplantagen gezwungen. Mit ihrem bewaffneten Aufstand zwangen die Schwarzen die französische Republik 1793 zur Abschaffung der Sklaverei in dieser Kolonie. Nach einem weiteren langjährigen Kampf gegen britische Truppen erließ Touissant L'Ouverture im Jahr 1801 eine Verfassung, in der es hieß: „Es gibt keine Sklaven mehr auf diesem Territorium; die Knechtschaft ist für immer beendet“ (zit. S. 129).

In ihrer „Detektivgeschichte“ (S. 15) überwindet Buck-Morss die Trennungen zwischen den akademischen Disziplinen und zwischen den Kontinenten, um die Verbindungslinien zwischen Hegels Dialektik von Herr und Knecht und der Haitianischen Revolution offenzulegen. Buck-Morss weist nach, dass die Haitianische Revolution Anfang des 19. Jahrhunderts in den von Hegel gelesenen Zeitungen und Zeitschriften ein zentrales Thema war. Ein besonderes Augenmerk legt sie dabei auf die deutsche Monatszeitschrift *Minerva*, in der Johann Wilhelm Archenholz 1804 und 1805 – also in der Zeit, in der Hegel die *Phänomenologie des Geistes* schrieb – eine ausführliche Serie über die Ereignisse in der Karibik veröffentlichte und diese mit den Worten einleitete: „Die Augen der Welt sind auf St. Domingue gerichtet“ (zit. S. 66). Deshalb müssten Hegels Überlegungen über die „Dingheit“ des Knechts und über den zwischen Herr und Knecht ausgetragenen „Kampf um Leben und Tod“ (zit. S. 83) als Auseinandersetzung mit der Sklavenrevolution von Saint-Domingue gelesen werden.

Diesen offenkundigen Zusammenhang kontrastiert Buck-Morss mit dem Schweigen über die Sklaverei in den europäischen Kolonien. Einem Schweigen, das bis zu den Philosophen der Aufklärung zurückreiche und sich bis heute fortsetze. Während in den Büchern von Montesquieu, Rousseau und Diderot Sklaverei als Metapher eine zentrale Rolle gespielt habe, sei die tatsächliche Sklaverei in

den europäischen Kolonien weitgehend akzeptiert worden. Und auch heute werde Hegels Dialektik von Herr und Knecht vor allem im Hinblick auf Aristoteles und andere Philosophen gedeutet. Buck-Morss schreibt: „Wenn die Überzeugung vorherrscht, die Geschichte einer Nation lasse sich unabhängig von äußeren Einflüssen erzählen, oder wenn isolierte Teildisziplinen einzelne historische Aspekte bearbeiten, werden Gegenbeweise schnell als marginal abgetan und zur Seite geschoben“ (S. 41). Diesem durch die verschiedenen Trennungen hervorgebrachten Schweigen setzt Buck-Morss eine „neue Universalgeschichte“ und einen neuen methodischen Zugang entgegen: „Der Essay arbeitet sich durch die historischen Besonderheiten spezifischer Erfahrungen und nähert sich dem Universellen nicht, indem er Fakten umfassenden Systemen unterordnet oder indem er mit homogenisierenden Prämissen operiert. Vielmehr richte ich meine Aufmerksamkeit auf die Ränder der Systeme, die Grenzen der Prämissen, die Beschränkungen der historischen Einbildungskraft, um eben diese Grenzen zu überschreiten, in Frage zu stellen, ja letztendlich niederzureißen“ (S. 119). Gerade weil Buck-Morss diesen anderen Zugang zur Geschichte nicht nur einfordert, sondern selbst auf eine Vielzahl von vordergründig abseitigen Quellen zurückgreift, ist *Hegel und Haiti* ein überaus lesenswertes Buch.

Arndt Neumann

Jörg Baberowski, Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, C.H. Beck: Köln 2012. 606 Seiten. € 29,95

Das Buch *Verbrannte Erde* ist die Neufassung von der *Der rote Terror* (2003) und gleichzeitig eine inhaltliche Neupositionierung des Autors. Jörg Baberowski korrigiert seine frühere Orientierung an Zygmunt Baumanns „Ambivalenz der Moderne“ und greift mit einem revidierten theoretischen Rüstzeug in die geschichtstheoretische Diskussion ein. Zum einen bringt er sich in die von Timothy

Snyders *Bloodlands* (2010) ausgelöste Debatte um das Terrain der Massenvernichtung in Osteuropa ein, die beispielsweise im Diskussionsforum der Zeitschrift *Contemporary European History* geführt wird und bei der es unter anderem um die Frage der Interaktion von nazistischer und stalinistischer Barbarei geht. Zum anderen interveniert er in Debatten um Orientierungen der Stalinismus-Forschung, in denen statt der Gegenüberstellung von westlicher Demokratie und östlichem Totalitarismus zunehmend der Nord-Süd-Fokus dieser Angelegenheit in den Mittelpunkt gerät, also die Frage nach Entstehung und Entwicklung von Zonen der Gewalt im Zuge der Transformation von Agrargesellschaften. Welche Erkenntnisse lassen sich aus dem sozial gewalttätigen Zurichtungsterror des Stalinismus ziehen, der gleichzeitig städtische, agrarische und koloniale Zielgruppen hatte und zudem den nötigen Apparat der Zurichtung erst herstellen musste? Welche Forschungen zur Transformation sind nötig, um den unterschiedlichen „Repräsentationen sozialer Ordnungen“ im historischen Verlauf auf die Spur zu kommen? Wenn man bedenkt, dass der Kern des Stalinismus die Umwandlung einer Bauerngesellschaft in einen mehr oder minder modernen Industriestaat war, liegt die These eines kausalen Zusammenhangs zwischen Industrialisierung und Massenmord auf der Hand. In der bisherigen Modernisierungsforschung wurde dieser Zusammenhang jedoch kaum beachtet und schon gar nicht im globalen Vergleich analysiert. Dabei wären der Diskussion zur „Ökonomie der Endlösung“ möglicherweise wichtige Impulse für Fragestellungen zur „Ökonomie des Großen Terrors“ in der Sowjetunion zu entnehmen.

Baberowskis Text hat seinen Schwerpunkt jedoch in der bildhaften Darstellung konkreter Entscheidungsabläufe bei Stalin und seinem Umfeld, einschließlich der Ausmalung einer vorgeblich rein persönlichen Disposition zur Gewaltausübung. Fragen nach den Interessenlagen und Konflikten von Institutionen treten dagegen (abgesehen von der Frage nach der Rolle des Geheimdienstes) in den Hintergrund.

Die wohlgeordnete Gliederung folgt in fünf Hauptkapiteln der Chronologie: von der Vorgeschichte im Zarismus über die Revolution, den Bürgerkrieg, die NEP-Phase, den Krieg gegen die Bauern und die forcierte Industrialisierung bis zu dem im Hauptkapitel verhandelten Großen Terror mit all seinen Facetten. Im Mittelpunkt stehen Stalins Aufstieg und die Formen seiner Gewaltausübung, seine allumfassende Entscheidungsgewalt nicht nur im gesellschaftspolitischen Feld, sondern auch in der ganz unmittelbaren Umgebung seiner Gefolgsleute, die ihr Leben häufig durch Exekution verloren. Es folgt ein Kapitel über die Zeit des Disziplinierungsterrors im zweiten Weltkrieg und die Fortsetzung der staatsterroristischen Reglementierung nach dem Krieg und bis zum Tod Stalins. Am Ende des Buches findet sich eine Bewertung der Entstalinisierung.

Spannungsreich verwebt Baberowski die Ereignisse und Zusammenhänge, wobei Forschungsergebnisse aus verschiedenen Disziplinen verknüpft, abwechslungsreich erklärt und mit zahlreichen Einzelbeispielen veranschaulicht werden, um dem Leser / der Leserin eine Vorstellung vom unglaublichen Umfang der Tötungsaktionen und ihrer Grauenhaftigkeit zu vermitteln. Die neuere Forschung wird in einem umfangreichen Literaturverzeichnis aufgeführt. Dort sind vor allem auch die wichtigsten US-amerikanischen Forschungsarbeiten genannt.

In der Einleitung stellt Baberowski sein Konzept des „Gewaltstraums“ vor. Zur Erklärung bezieht er sich zwar beiläufig auf Barrington Moore, der bedeutendere Forschungshintergrund scheint jedoch die seit den 1990er Jahren geführte Diskussion zur „Soziologie der Gewalt“ zu sein, an der sich Wolfgang Sofsky, Trutz von Trotha, Peter Waldmann, Georg Elwert und andere beteiligt haben. In dieser Debatte ist der dichten Beschreibung von Gewaltdynamiken eine grundsätzliche und neue Erklärungsfunktion beigemessen und eine entsprechende Darstellungsweise für unterschiedliche Kontexte – NS-Konzentrationslager, aber auch Warlord-Kriege und *failed states* – angeregt worden. Aktuell werden diese Neuorientierungen für die Historie des Stalinismus nutzbar gemacht. Das heißt

auch, dass der Gegenstand im Wesentlichen kulturell und nicht sozial oder ökonomisch bestimmt wird, was weitreichende Folgen hat: Die Kulturgeschichte wird der Sozialgeschichte vorgeschaltet. So auch hier. Der „neue Mensch“ wird als kulturevolutionäres Ziel der Bolschewiki an die erste Stelle gesetzt, nicht die materialistisch begriffene Umstrukturierung der Ökonomie. Problematisch ist, dass die strategischen Verursacher der Vernichtung vorkapitalistischer bäuerlicher Selbstversorgung sowohl beim kulturhistorischen Vergleich als auch bei der Frage nach Kausalitäten unberücksichtigt bleiben. *Verbrannte Erde* kann insofern als Immunisierungsrede gegen ökonomische und an Interessenlagen orientierte Verortungen des Ursprungs der Gewaltgeschichte gelesen werden. Selbst bei neuen Aufschlüssen über die jeweils komplexen Verläufe, in denen sich Gewalt von unten und von oben konstituiert, sollten die zugrundeliegenden ökonomischen Verteilungs- und Machtkämpfe nicht einfach ausgeblendet werden, auch wenn sie für eine „dichte Beschreibung“ viel weniger greifbar sein mögen.

Barberowski sieht keinen kausalen Zusammenhang zwischen der Moderne und der monströsen Gewalt von Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Moderne sei nicht Urheber des totalitären Vernichtungsterrors: „Der modernen Hybris blieb der Erfolg immer dann versagt, wenn sie sich gegen bürgerliche Sicherungssysteme durchsetzen musste. Seine tödlichen Wirkungen entfaltete das moderne Streben nach Eindeutigkeit vor allem dort, wo dem Machbarkeitswahn und dem Vernichtungswillen fanatisierter Ideologen keine Grenzen gesetzt wurden: in den staatsfernen, vormodernen Gewalträumen“ (S. 27). Was Zygmunt Bauman als Projekt der Moderne beschreibe, treffe „auf die Machtpraktiken in der stalinistischen Sowjetunion überhaupt nicht“ zu: „Die Gesellschaften des Vielvölkerimperiums waren ebenso wenig modern wie die Techniken, die das Regime zur Erreichung seiner Ziele einsetzte. Modern waren allenfalls sein Vorstellungen von übersichtlichen Ordnungen“ (S. 26).

Im zweiten Kapitel („Imperiale Gewalträume“) werden die Voraussetzungen der sozialen Revolution von 1917 sowie des bolschewistischen Putsches auf der Folie kulturgeschichtlicher Methoden analysiert. Die Reformen unter Alexander II. (ab 1861) werden im Atmosphärischen verortet, nicht wie im Großteil der Literatur als Folge der Niederlage im Krimkrieg, der Bauernrevolten und der Staatsfinanzkrise von 1859 erklärt. Baberowski verweist auf die kulturellen Differenzen, die es der Autokratie erschwerten hätten, „die Untertanen erfolgreich zu bekehren. Denn auf eine Veränderung der Lebensumstände wird man sich gewöhnlich nur einlassen, wenn man die Seinen nicht verraten muss, um ein anderer zu werden“ (S. 36). Was den Zarismus betrifft, so lässt der Autor die herrschaftliche Gewaltausübung in den Hintergrund treten. Nicht behobene Kommunikationsprobleme zwischen oben und unten stehen im Vordergrund: „Eliten und Bauern fanden in ihrer Sprachlosigkeit nur selten zueinander“ (ebd.). Die erbarmungslose Ausbeutung, die ganze Struktur der Dorfabgaben als sozialstrukturelle Ursache der Revolution spielen in der Darstellung nur eine geringe Rolle, obwohl ihnen in den Massenrepressionen nach 1905 eine zentrale Bedeutung zukam.

Im Krieg wird die Konstitution eines sozialrevolutionären Massensubjekts ebenfalls unter dem Kommunikationsaspekt begriffen: „Der Krieg eröffnete neue Kommunikationsräume und Möglichkeiten, sich in diesen zu bewegen. Unter den Umständen des Massensterbens [...] machten die Bauern [...] die Erfahrung, Teil eines großen Ganzen zu sein“ (S. 45). Die abstrakte soziologische Kategorie des „Gewaltraums“ wird als Erfahrung der Bauern ausgegeben: „Sie [die Bauern, F. B.] nahmen das Imperium als Gewaltraum wahr, in dem nur überleben konnte, wer mit dem Gewehr umzugehen verstand. Die Gesellschaften des Vielvölkerreichs verwandelten sich in Misstrauens- und Gewaltgesellschaften, in denen die Waffen- und Schutzlosen sich auf die Macht des Staates, sie vor den Folgen des Krieges zu schützen, nicht mehr verlassen konnten“ (S. 45). Wer ist mit den „Waffen- und Schutzlosen“ gemeint? Der Adel und die Ministerialbürokratie? Waren sie es nicht, die als Tä-

ter eines modernisierungsunfähigen Ausbeutungsregimes allererst den „Gewaltraum“ schufen, sei es über den Repressionsapparat, mit dem sie ihr längst überholtes Machtgefüge am Leben zu erhalten suchten, sei es über hilflose Großmachtpolitik im Weltkrieg und seinen staatlich angeordneten Massenschlächtereien? Was soll es bedeuten, dass man sich „nicht mehr“ auf die Macht des Staates verlassen konnte? Gab es in den Erfahrungen der Menschen mit dem Staat keine Kontinuität, erschien er ihnen nicht durchweg als fremde und feindliche, bedingungslos auf Seite der ausbeutenden Klasse stehende Macht? Es geht Baberowski in der Aufarbeitung der Gewaltgeschichte in Russland offenbar vor allem um den Anschluss an aktuell politisch benötigte Diskursbegriffe wie „Misstrauensgesellschaft“, „Gewaltgesellschaft“, „Anwesenheitsgesellschaft“ oder „staatsferner vormoderner Raum“ – Begriffe, die allesamt die ökonomischen Machtstrukturen aus dem Blick nehmen.

In Baberowskis Ausführungen zum russischen Bürgerkrieg wird aus der sozialen Interessenlage ein anthropologisches Spannungsverhältnis zwischen dem allgemein „Denkbaren“ und dem „Machbaren.“ An den im Bürgerkrieg entstandenen „Gewaltraum“ habe Stalin ab 1928 anknüpfen können. „Für Stalin und seine Freunde aber erfüllten sich im Krieg Lebensträume, weil sie ungestraft verletzen und töten durften. Wahrscheinlich waren sie niemals in ihrem Leben glücklicher gewesen als in den Jahren der Revolution und des Bürgerkriegs, als Schlachten geschlagen und Menschen getötet wurden. Die Gewalt war das Lebenselixier des stalinistischen Funktionärs, dessen Karriere in den blutigen Schlachten des Bürgerkrieges geschmiedet worden war“ (S. 80).

An solche Vorstellungen schließt auch der Begriff des „Ermöglichungsraums“ an. Die allgemeine Gewaltbereitschaft innerhalb der Gesellschaft, wie sie in Aufständen auf dem Land ebenso wie in städtischen Streiks zum Ausdruck gekommen sei, habe die Gesellschaft „kontaminiert“ (S. 104). Der Widerstand der FabrikarbeiterInnen gegen die Etablierung einer neuen Managerschicht wird auf diese Weise interpretiert. Zur Auseinandersetzung um Arbeitsun-

fälle, die den von dieser Managerschicht ausgegebenen Vorgaben angelastet wurden, schreibt Baberowski: „Arbeiter und Kommunisten fanden so zu einer gemeinsamen Sprache. Die einen übten Rache und Vergeltung und lebten ihr Ressentiment aus, die anderen gaben sich ihren Obsessionen hin“ (ebd.). „Rache und Vergeltung“ von Arbeiterinnen, die sich gegen die Einführung des Taylorsystems und Hungerlöhne wehrten? „Obsessionen“ von Kommunisten, die sich solidarisierten? Der Kontext der Übernahme von ArbeiterInnenforderungen durch Staatsorgane war in den 1920er Jahren die (bereits in den 1930er Jahren nicht mehr gegebene) Stärke weltweiter ArbeiterInnenbewegungen, die sich gegen die neuen Rationalisierungsstrategien wandten. Mit dem Taylorsystem sollten auch in der frühen Sowjetunion die traditionelle Facharbeiterrentenz und die Selbstorganisation in den *artels* gebrochen werden. Anders als bei Baberowski wäre zu fragen, inwiefern sich in der NEP-Zeit die autonome Marktmacht der Bauern mit den ArbeiterInnenkämpfen in den Städten verband, und inwiefern beide als die tieferen Ursachen für die NEP-Krisen und den stalinistischen Angriff durch Fünf-Jahres-Plan und Zwangskollektivierung zu begreifen sind. Solche Fragen werden durch die Behauptung eines kulturell bestimmten „Ermöglichungsraums“ vorschnell ausgeblendet.

Die Darstellungen im Kapitel zum Großen Terror beruhen auf Forschungsergebnissen, die erst in den letzten Jahren Aufschluss über die groß angelegte „soziale Säuberung“ von Städten, Regionen und Betrieben gegeben haben. Das macht sie lesenswert. Doch auch in diesen Darstellungen neigt Baberowski stark zur Personalisierung: „Für Sadisten und manche Psychopathen ist der Ausnahmezustand das Paradies, weil er Normalität umdefiniert und auch ‚normale‘ Menschen dazu verleitet, zu tun, was sie unter anderen Umständen nicht tun würden. Stalin war ein solcher Psychopath“ (S. 218). Baberowski unterstellt eine Eigendynamik der Ereignisse, die Bemühungen um weitreichendere Erkenntnisse den Weg verstellt: „Was auch immer ein Motiv für die stalinistischen Täter gewesen sein mag – im Vollzug der Gewalt wurde es bedeutungslos.“

Denn in der Logik despotischer Machtsysteme entfalten Gewalt-handlungen Anschlusszwänge, die auf Gründe und Legitimationen überhaupt keine Rücksicht nehmen“ (ebd.).

Der Befehl Nr. 00447 vom Juli 1937, der die sogenannten „Massenoperationen“ des Großen Terrors einleitete, hatte eine Vorgeschichte. Im Jahr 1932 war ein Passgesetz verabschiedet worden, mit dem auf die Massenflucht aus den Hungergebieten sowie auf Streikwellen und Hungeraufstände reagiert werden sollte. Mit dem neuen Passsystem stand nun ein entscheidendes Selektionsinstrument zur Verfügung, durch das Bevölkerungsrationisierungen zur Durchsetzung der Industrialisierung organisiert werden konnten. Es liegt nahe, unterbleibt jedoch bei Baberowski, den Terror als gewaltsame Bevölkerungspolitik und Form gesellschaftlicher Rationalisierung mit der bekannten Produktivitätskrise in Verbindung zu bringen. Diese ging ja nicht zuletzt auf die trotz Passsystem weiter ausufernde Mobilität der Bevölkerung sowie auf einen noch nicht industriell geprägten, sondern ländlichen Arbeitsrhythmus zurück. Darüber hinaus gab die Produktivitätskrise innerhalb des Regimes zu Vermutungen Anlass, die Unzufriedenheit der Bevölkerung könne sich politisch organisieren, was sich die Bolschewiki aufgrund ihrer eigenen Untergrunderfahrung leicht vorstellen konnten. Die paranoiden Projektionen eines Stalin waren jedenfalls nicht grundlos, wie auch Baberowski konstatiert (S. 326). Es ging dem Stalinismus notwendigerweise darum, die Subsistenzstrukturen Alt-Russlands („Anwesenheitsgesellschaft“) zu zerschlagen. Bei Baberowski steht der Terror jedoch für sich selbst und wird als eine in ihrer Zielsetzung relativ unbestimmte Machttechnik der Unterwerfung verstanden. Die Politikformen des Regimes und ihre Hintergründe werden simplifiziert – auch diesmal durch Personalisierung: „Der Terror vollzog sich in Wellenbewegungen, er nahm an Intensität zu, wenn Stalin entschieden hatte, die Gewalt sprechen zu lassen, und er verlor an Intensität, wenn er ihrer überdrüssig geworden war. Die Gewalt wurde weder vom System noch von sozialen Konflikten erzeugt. Denn wie ließe sich sonst erklären,

daß der Massenterror nach dem Tod des Diktators als Instrument politischer Herrschaft verschwand, obwohl sich die sozialen Voraussetzungen kaum verändert hatten“ (S. 217). Dieser rhetorischen Frage ist entgegenzuhalten, dass sich die Bedingungen in der Nachkriegszeit elementar verändert hatten. Der soziale Krieg gegen das Dorf war – nicht zuletzt durch den Tod von Millionen Menschen im zweiten Weltkrieg – „gewonnen“; es gab eine Systemkonkurrenz, in der der Massenkonsum eine neue Rolle spielte; die Repression hatte ihre tragende Funktion bei der Durchsetzung staatskapitalistischer Inwertsetzung verloren, war dysfunktional geworden.

Im Schlusskapitel macht Baberowski eine Scheinkontroverse auf. Er führt den Massenterror auf die anthropologische Dimension der Veranlagung des Haupttäters zurück und weist eine ideengeschichtliche Begründung, wie sie zuweilen im Kalten Krieg vertreten wurde, zurück. Doch niemand wird heute angesichts globaler Mehrfachkrisen und einer neuen Transformationsagenda noch ideengeschichtliche Erklärungsmuster bemühen, in denen historisch rückblickend darauf abgestellt wird, dass Stalins Verbrechen auf seine Verkehrung des Marxismus zu einer Legitimationstheorie der Konterrevolution zurückzuführen seien. Sondern heute wird es darum gehen, den Terror materialistisch von der Produktivitätskrise des Transformationsregimes und vom Kampf für ein würdevolles Leben her aufzurollen.

Abgesehen von diesen kritischen Bemerkungen: Die souveräne Kenntnis der Quellenlage ist eindrucksvoll. Und bei allen Kontroversen gibt es eine gemeinsame Schnittmenge in der Empörung über die verbrecherische Energie von Modernisierungsregimes, die sich in der Nachfolge der Stalin-Herrschaft verschiedener Sozialtechniken aus den 1930er Jahren bedient haben oder bedienen. Interessanterweise kommt Baberowski am Schluss seines Buches auf die gescholtene „Ambivalenz der Moderne“ zurück, ohne es selbst recht zu bemerken. Er schreibt: „Noch heute wird das Imperium bejubelt und der Machtstaat gepriesen. Stalin ist wiederauferstanden, als Symbol verlorengegangener Größe. „Der Sieg ist die Stalin-

Zeit‘, schreibt der russische Bürgerrechtler Arseni Roginski, ‚aber auch der Terror ist die Stalinzeit. Diese beiden Bilder der Vergangenheit zu verbinden war schlechterdings unmöglich – es sei denn um den Preis, dass eines von ihnen verdrängt oder erheblich modifiziert würde“ (S. 508).

Frank Borris

Tommy McKearney, *The Provisional IRA: From Insurrection to Parliament*, Pluto Press: London 2011. 214 Seiten. € 14,90

Tommy McKearney hat mit diesem Buch den Versuch unternommen, eine Geschichte der irischen Guerilla Provisional IRA (PIRA) zu schreiben. Das Ergebnis ist weder eine Ansammlung aufgewärmter Anekdoten eines Veteranen, noch eine Erfolgsgeschichte des Friedensprozesses. An Veröffentlichungen dieser Art mangelt es ja nicht. Vielmehr handelt es sich hier um eine historisch fundierte Kritik der Entwicklung der aufständischen PIRA hin zur heute staatstragenden Partei Sinn Féin. McKearney trat 1971 der PIRA bei, wurde 1977 verhaftet, gefoltert und aufgrund eines gefälschten Geständnisses – eine damals übliche Vorgehensweise der britischen Sicherheitskräfte – zu lebenslanger Haft verurteilt. 1980 nahm er am ersten Massenhungerstreik irischer Gefangener in den H-Blocks von Long Kesh teil. Er trat einige Jahre später aufgrund politischer Differenzen aus der PIRA aus und war bis Anfang der 1990er Jahre bei der Gefangenengruppe League of Communist Republicans aktiv. Er arbeitet heute unter anderem als *organiser* bei der Independent Workers Union of Ireland.

Eingeleitet wird das Buch mit einem Beitrag von Paul Stewart, der an der Glasgower University of Strathclyde Arbeitssoziologie lehrt. Stewart zeichnet darin die systematische soziale, politische und rechtliche Diskriminierung der katholischen Minderheit im nordirischen *Orange state* nach. Einerseits verortet er das Entstehen der Bürgerrechtsbewegung in den 1960er Jahren, aus der sich

der Aufstand später entwickelte, in einer generellen Reformunfähigkeit des unionistischen Regimes. Andererseits stellt er die Unterschiede zwischen dem *Orange state* und dem heutigen, wie er es nennt, *sectarian state* heraus, wie er sich als Folge des Karfreitagsabkommens von 1998 herausgebildet hat. Letzterer gründe auf einer mit britischen und EU-Hilfsgeldern (und man müsste hier anfügen: US-Investitionen) unterfütterten neoliberalen Entwicklung, die die konfessionellen Grenzen zwar nicht beseitigt, in beiden Communities aber von einer „post-troubles‘ entrepreneurial political class“ getragen werde, die eine Art von „boosterism dependent upon a shared interest in perpetuating a discourse of victimhood“ aneinander binde (S. 17 f.).

Der Haupttext ist in zwanzig kurze Kapitel gegliedert, die lose einer chronologischen Ordnung folgen und inhaltlich aufeinander Bezug nehmen. Zunächst wird der Kontext nachgezeichnet, in dem die Aufstandsbewegung entstand: Bürgerrechtsbewegung, Pogrome gegen die katholische Minderheit, die Explosion der Kämpfe danach, Internierungen ohne Gerichtsprozess, Bloody Sunday. Die PIRA – anfangs eine eigenartige Mischung aus alten Traditionalisten und jungen Linken, welche sich von der offiziellen IRA abspaltete, weil diese die Pogrome nicht effektiv abzuwehren vermochte – erschien in diesem Kontext als bewaffneter Ausdruck einer Rebellion gegen den *Orange state*. Denn die Forderung nach dem Abzug der Briten enthielt in sich jene nach der Überwindung eines Regimes, das eine dominante protestantische Zivilgesellschaft an den offen zelebrierten repressiven Apparat band und somit jegliche säkulare Opposition verhinderte.

Zwei Kapitel sind von zentraler Bedeutung. Das eine behandelt die Klassenzusammensetzung der PIRA (S. 90 ff.), das andere ihre Strategie (beziehungsweise deren Mängel; S. 101 ff.). McKearney zeichnet ein soziales Tableau der Aufstandsbewegung und kommt zum Schluss, dass es sich gewissermaßen um eine Bewegung der *men of no property* gehandelt habe, „largely a movement of the working class, the unemployed working class and less well-off rural po-

pulation“ (S. 99). Problematisch ist sein durchweg geschlechterblinder Sprachgebrauch, insbesondere, da die PIRA ihre Basis in einer *community* hatte, in der Frauen eine maßgebliche Rolle spielten: nicht nur als Unterstützerinnen, sondern auch als Militante. Das Kapitel über die politisch-militärische Strategie kritisiert die Konzepte der PIRA, welche McKearney als „poorly developed and even utopian“ bezeichnet (S. 106). Es bestand zwar – von den wenig einflussreichen Traditionalisten abgesehen – ein Konsens darüber, nach dem Abzug der Briten eine sozialistische Republik durchzusetzen. Doch gegenüber solchen Visionen stand angesichts des hohen Repressionsdrucks die militärische Perspektive stets im Vordergrund. McKearney sieht darin einen Grund für das Unvermögen der PIRA, eine politische Bewegung mit einer „much more coherent left-wing agenda“ aufzubauen (S. 107).

In den folgenden Kapiteln wird sodann die Gegenseite thematisiert, mithin die Verschiebung der britischen Aufstandsbekämpfung von offener militärischer Konfrontation hin zum Krieg niedriger Intensität. Auf juristischer Ebene wurden die Aberkennung des zuvor gewährten Sonderstatus für politische Gefangene und eine weitergehende Kriminalisierung des Widerstands betrieben. Die Hungerstreiks von 1980/81 waren ein Versuch, diese Strategie herauszufordern. McKearney beschreibt die Streiks und die Zeit danach als Phase entscheidender Veränderungen; nach den Erfahrungen dieser Zeit entschloss sich die Führung der PIRA nach und nach, sich dem Parlamentarismus zuzuwenden. Vehikel der Umsetzung dieser Neuorientierung war der politische Flügel, die Partei Sinn Féin, die in den 1970er Jahren eher ein Schattendasein geführt hatte. Zu Grunde lagen dem die Einsichten, dass der langwierige Abnutzungskrieg aussichtslos bleiben würde, aber auch, dass die Guerilla keinen effektiven Schutz vor den loyalistischen Todeschwadronen bot. Allerdings, so McKearney in einer kritischen Würdigung dieser Position, hätte man damals ebenso die Möglichkeit gehabt, statt dem eingeschlagenen Kurs von *Armalite and ballot box* (wobei der letzteren zusehends die Priorität eingeräumt

wurde) auf die Entwicklung der politisch breiten Anti-H-Block-Bewegung zu setzen.

Am Ende des Wandels stand nicht nur der aus britischer Sicht erfolgreiche Friedensprozess der 1990er Jahre, in dessen Rahmen London der befriedeten Sinn Féin schließlich die Teilhabe an der Verwaltung der nordirischen Provinz zugestand. Der *Orange state* wurde auch zu Grabe getragen durch ein flexibleres, wenn auch weiterhin auf der hergebrachten konfessionellen Spaltung aufbauendes Arrangement. McKearney zeichnet in den letzten Kapiteln die ambivalente Entwicklung der abgerüsteten Guerilla zur staats-tragenden Partei nach, die mittlerweile nicht nur den Status quo akzeptiert, sondern offen mit den britischen Sicherheitskräften kooperiert. In diesem Kontext spricht er sich gleichermaßen gegen die bewaffnete Politik „dissidenter“ PIRA-Abspaltungen aus, die er als anachronistisch bezeichnet. Stattdessen votiert er für die Erneuerung eines *left-wing Irish republicanism*, der konfessionsübergreifend bei der Alltagserfahrung der *have-nots* ansetzt.

McKearneys Text zählt – wie zuvor schon Richard O’Rawes alternative Geschichte des Hungerstreiks von 1981 (*Blanketmen*, 2005) – zu einer Reihe lesenswerter Neuerscheinungen der letzten Jahre, die eine differenzierte und kritische Betrachtung des nordirischen Konflikts jenseits der offiziellen Geschichtsschreibung ermöglichen.

Andreas Fasel

Andreas Suttner, „Beton brennt“. Hausbesetzer und Selbstverwaltung im Berlin, Wien und Zürich der 80er, LIT-Verlag: Wien / Berlin / Münster 2011. 373 Seiten. € 29,90

In seiner an der Historisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien erstellten Dissertation wendet sich Andreas Suttner den Konflikten um besetzte Häuser und selbstverwaltete Jugendzentren Anfang der 1980er zu. Suttner begreift die Jugendbewegung in Zürich, die Hausbesetzerbewegung in West-Berlin und

die Burggartenbewegung in Wien als „autonome Stadtbewegungen“ (S. 11) und ordnet sie in den Kontext der „postfordistischen Wende“ (S. 14) und der „Krise der modernen Stadt“ (S. 329) ein. Als methodische Bezugspunkte benennt er Oral History und Visual History.

Innerhalb dieses Rahmens untergliedert Suttner seine Untersuchung in vier Kapitel. In den ersten drei Kapiteln werden Ereignisse in den drei verschiedenen Städten dokumentiert: der Konflikt um das Autonome Jugendzentrum in Zürich, der mit den Opernhauskrawallen im Mai 1980 begann und sich bis in das Jahr 1982 fortsetzte, die Hausbesetzerbewegung in West-Berlin, auf deren Höhepunkt im Jahr 1981 mehr als 160 Häuser besetzt waren, und die Burggartenbewegung in Wien, die sich über das Verbot, die Grünflächen in den städtischen Parkanlagen zu betreten, hinwegsetzte. Nach einem knappen Abriss des jeweiligen gesellschaftlichen Kontextes und der Entwicklung der drei Städte wendet sich Suttner den erwähnten Protesten und Bewegungen zu. Anhand von Flugblättern, Bewegungszeitungen und Interviews arbeitet er grundlegende Gemeinsamkeiten heraus. Zum einen zeichnet er nach, wie sich die „autonomen Stadt-Bewegungen“ (S. 11) ausgehend von anderen neuen sozialen Bewegungen wie etwa der Alternativbewegung, der Frauenbewegung und der Anti-AKW-Bewegung sowie ausgehend von der Punk-Subkultur herausbildeten. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei darauf, wie durch die Forderung nach Autonomie und Selbstverwaltung Organisationsformen wie Vollversammlungen und Besetzerräte hervorgebracht wurden. Zum anderen diskutiert Suttner anhand von Zeitungsberichten und staatlichen Akten Integrationsversuche der städtischen Politik. Dabei zeigt er, wie diese Politik fortwährend zwischen massiven Polizeieinsätzen und weitgehenden Zugeständnissen schwankte, während sich Politiker und Jugendliche mit Unverständnis und Sprachlosigkeit begegneten. Im vierten und letzten Kapitel führt der Autor schließlich die vorangegangenen Untersuchungen zusammen und formuliert ausgehend von Michel Foucault und Gilles Deleuze eine „Theorie zu den alternativen Orten“ (S. 328). Dabei begreift er die besetzten Häuser und selbstverwalte-

ten Jugendzentren als „Gegenorte des modernen Stadtumbaus“ und als „Kultur des Übergangs“ zu einem „postmodernen Staat“ (S. 351).

Immer wenn sich Suttner den besetzten Räumen und ihrer konkreten Nutzung zuwendet, dann scheint das Potential seiner Fragestellung auf. Er arbeitet heraus, dass vielfach leer stehende Fabrikgebäude besetzt wurden, dass städtische und gewerkschaftliche Wohnungsbaugesellschaften zu den wichtigsten Gegnern der Jugendrevolte gehörten, dass durch Gemeinschaftsküchen und grundsätzlich nicht abgeschlossene Wohnungstüren Lebensformen jenseits der Kleinfamilie entstanden und dass die Besetzer durch Wanddurchbrüche die althergebrachten Grundrisse an ihre neuen Bedürfnisse anpassten. Doch zugleich zeigt sich an diesen Punkten auch die grundlegende Schwäche seines Buches. Weil Suttner an keiner Stelle ein kohärentes Verständnis der „postfordistischen Wende“ (S. 14) und der „Krise der modernen Stadt“ (S. 329) entwickelt und sich stattdessen weitgehend auf Schlagworte wie Ölkrise 1973, Dienstleistungsgesellschaft, Trabantenstädte und Luxussanierung beschränkt, gelingt es ihm nicht, die durch die Besetzungen geöffneten Räume zu den gesellschaftlichen Umbrüchen in Bezug zu setzen. Zentrale Fragen bleiben unbeantwortet: Hat der Rückzug der Industrie aus den Innenstädten die Hausbesetzungen überhaupt erst ermöglicht? Wieso wurden aus den Hochburgen der Jugendrevolte im Laufe der 1990er und 2000er Hochburgen der New Economy und der Kreativwirtschaft? Was bedeutet es für heutige städtische Konflikte, dass zunehmend nicht mehr gemeinnützige oder staatliche Wohnungsbauunternehmen sondern profitorientierte Immobilienfonds die wichtigsten Gegner sind? Lassen sich die ausgehend von den Hausbesetzungen entstandenen Wohnprojekte als Ausdruck veränderter Geschlechterverhältnisse fassen?

Neben der nur oberflächlichen Einordnung der Jugendrevolte in die gesellschaftlichen Umbrüche der letzten Jahrzehnte ist der Umgang mit den Quellen der zweite wesentliche Schwachpunkt des Buches. Weite Teile des Buches bestehen aus Aufzählungen der verschiedenen besetzten Häuser, Demonstrationen, Arbeitsgrup-

pen, Punkbands. Längere Zitate aus Flugblättern, Bewegungszei-
tungen und Gesprächen, die Einblick in den Alltag und das Selbst-
verständnis der Besetzer geben könnten, bleiben die Ausnahme.
Von einer Oral History kann deshalb keine Rede sein. Gleiches gilt
auch für die Visual History: Zwar finden sich am Ende der ersten
drei Kapitel jeweils zahlreiche Fotografien, Grundrisse, Karten,
Flugblätter und Titelseiten. Dennoch gibt es in dem gesamten Buch
keine einzige ausführliche Analyse eines Bildes. Dabei hätte eine
genauere Auseinandersetzung etwa mit dem für die zeitgenössische
Jugendbewegung grundlegenden Film *Züri brännt* oder mit den
prägnanten Titelseiten der West-Berliner Bewegungszeitung *radikal*
einen wichtigen Einblick in die Jugendrevolte Anfang der 1980er
ermöglicht.

Insgesamt bleibt daher festzuhalten: So richtig es ist, die Jugend-
revolte Anfang der 1980er Jahre im Kontext der gesellschaftlichen
Umbrüche zu verorten, so unbefriedigend bleibt doch die Umset-
zung. Die Frage, wie die Auseinandersetzungen um besetzte Häu-
ser und selbstverwaltete Jugendzentren den Übergang vom Fordis-
mus zum Postfordismus geprägt haben, bleibt weiterhin offen.

Arndt Neumann

**Knud Andresen / Ursula Bitzegeio / Jürgen Mittag (Hg.),
Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von
Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er
Jahren, Dietz: Bonn 2011. 400 Seiten. € 46,00**

Die hier besprochene Publikation bringt zwei aktuelle Themen der
Zeitgeschichte zusammen. Zum einen ist dies die Frage nach „Ord-
nungsmodellen“ oder Zäsuren in der zweiten Hälfte des 20. Jahr-
hunderts und zum anderen ist es die Arbeitsgeschichte, die als For-
schungsthema in der Geschichtswissenschaft wieder stärker etabliert
zu sein scheint.

Der Untertitel des neuen Sammelbandes, *Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en)*, zeigt, dass sich die Inhalte der Arbeitsgeschichte verändert haben. Es soll, wie etwa Marcel van der Linden betont, nicht mehr „nur“ um Arbeitsbeziehungen gehen, sondern auch um „Arbeitswelten“. Der Begriff „Arbeitswelt(en)“ kommt aus der Soziologie und ist in der Arbeitsgeschichte bisher noch nicht gebräuchlich. Der Ausdruck hat aber durchaus Potential in die Geschichtswissenschaften aufgenommen zu werden, etwa in Anlehnung an das akteurszentrierte Lebenswelt-Konzept (vgl. dazu Heiko Haumann). Allerdings muss angefügt werden, dass diese Erweiterung der Perspektive im hier besprochenen Sammelband noch nicht gelungen ist. Der Band nimmt hauptsächlich gewerkschaftliche und arbeitspolitische Interessenvertretungen in den Blick (S. 18). Insofern ist der Titel etwas irreführend, da der Wandel der „Arbeitswelt(en)“ nur sehr marginal vertreten ist. Hingegen ist der alte, etwas verdorrte Begriff der „Arbeiterbewegung“ in der Arbeitsgeschichte heute fast verschwunden. Das ist zum einen gut, da die Geschichte der Arbeiterbewegung einige Mängel aufweist. Beispielfähig zu nennen wären hier die Konzentration auf eine männliche, meist europäische Arbeiterschaft, der Schwerpunkt der Organisations- und Parteigeschichte und die teleologische Ausrichtung vieler Beiträge. Zu Bedauern ist allerdings, dass mit dem Verschwinden des Begriffs „Arbeiterbewegung“ auch deren politischen Absichten innerhalb der Wissenschaft in den Hintergrund gerückt sind.

Der Sammelband gliedert sich in vier Teile. Im ersten Teil werden die ökonomischen, politischen und sozialen Veränderungen diskutiert, sprich die Rahmenbedingungen für die Arbeitswelt(en) und Arbeitsbeziehungen seit den 1970er Jahren skizziert. Der zweite Teil beinhaltet drei Fallbeispiele zur Arbeitswelt im Wandel. Im dritten und längsten Teil wird schließlich der Frage nach Brüchen und Kontinuitäten in der Interessenvermittlung nachgegangen. Als gelungener Abschluss gehen Winfried und Dietmar Süß der Frage nach, ob die 1970er Jahre als epochale Wende zu verste-

hen sind und geben einen Ausblick über zukünftig lohnende Forschungsfelder für eine Zeitgeschichte der Arbeit.

Der Sammelband verfolgt insgesamt das Ziel, „die veränderten Arbeitswirklichkeiten mit einem interdisziplinären Ansatz, der aktuelle sozialwissenschaftliche Arbeiten mit historischen Quellenbezügen verknüpft, vorzustellen und einzuordnen“ (S. 10). Das Buch bezieht sich hier auf die von Anselm Döring-Manteuffel und Lutz Raphael herausgegebene, viel rezipierte und kontrovers diskutierte Schrift *Nach dem Boom? Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*. In Fallstudien wird der Frage nachgegangen, ob es sich in den Arbeitsbeziehungen der 1970er Jahren tatsächlich um einen „sozialen Wandel von revolutionärer Qualität“ gehandelt habe. Dabei kommen in der Einleitung sowohl die HerausgeberInnen des Bandes als auch die Vertreter der „Strukturbruch“-These zu Wort. Letztere spitzen ihre These so zu: „Der Strukturbruch in der Epoche nach dem Boom erweist sich als eine Multiplizität von Abbrüchen und Umbrüchen, die oftmals von Kontinuität in bestimmten Strukturen, zum Beispiel denen des Sozialstaates, oder von Kontinuität in gesellschaftlichen Verhaltensweisen überdeckt wurden. Es gab keinen glatten Bruch, keinen Abriss, keinen Neuanfang, sondern Brüche und Verwerfungen, Niedergang hier und dort und demgegenüber hoffnungsvolle, nicht selten mitreißende Neuanfänge und hochgespannte Zukunftserwartungen“ (S. 38).

Die AutorInnen der Aufsätze sind sehr darum bemüht, in ihren Fallbeispielen auf diese These einzugehen, was dem Sammelband eine große Kohärenz verleiht und ermöglicht, einzelne Aufsätze als sich einander ergänzend oder auf einander beziehend zu lesen. Aber nur drei der 13 AutorInnen konstatieren tatsächlich den von Döring-Manteuffel und Raphael beschriebenen radikalen Strukturbruch. Ungefähr gleichviel AutorInnen setzen die Zäsur eher in den 1990er Jahren, also nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem rasanten Anstieg von Privatisierung und Wirtschaftsliberalisierung. Die Mehrheit der AutorInnen behandelt die Strukturbruchthese eher kritisch. Sie alle konstatieren zwar die Verdichtung

von Wandlungsprozessen in den 1970er Jahren, sprechen aber keineswegs von einem „revolutionären Wandel“. So kritisiert etwa Thilo Fehmel in seinem Beitrag über die „bruchlose Transformation der Tarifautonomie“ den inflationären Gebrauch des Wortes „Revolution“ bei Doering-Manteuffel und Raphael (S. 267). Dadurch würden beispielsweise die institutionellen und vor allem semantischen Kontinuitäten vernachlässigt, die für die benannte Zeit ebenfalls charakteristisch waren. Rüdiger Hachtmann bemängelt in seinem Aufsatz über „Gewerkschaften und Rationalisierung“ den etwas „ratlosen“ Begriff „nach dem Boom“. Er verdecke die bereits seit Mitte der 1960er Jahre aufkommende gesellschaftliche Aufbruchsstimmung und Reformeuphorie (S. 181). Und Monika Mattes macht in ihrem Beitrag über „Frauen, Arbeit und das Ende des Booms“ darauf aufmerksam, dass eine als Verlust interpretierte Zäsur aus einer geschlechtsspezifischen Perspektive sehr viel weniger eindeutig ausfällt, wenn weibliche Erwerbstätigkeit und nicht männliche Industriearbeiter im Mittelpunkt der Untersuchung stehen (S. 139).

Anne Seibering geht in ihrem Aufsatz der Frage nach, ob die 1970er Jahre unter dem Blickwinkel der Humanisierung des Arbeitslebens (HdA) nicht eher als ein sozialdemokratisches beziehungsweise rotes Jahrzehnt verstanden werden können, anstatt von einem Zeitabschnitt „nach dem Boom“ zu sprechen (S. 108). Die Autorin kommt zu dem Schluss, dass beide Periodisierungen der Nachkriegszeit (abgeschlossenes „rotes“ Jahrzehnt versus „nach dem Boom“) im Hinblick auf ihren Untersuchungsgegenstand denkbar sind. Versteht man die HdA als ein genuin sozialdemokratisches und gewerkschaftliches Projekt, so gewinnen die Zuschreibungen der 1970er Jahre als sozialdemokratisches Jahrzehnt an Berechtigung. Versteht man die HdA allerdings als Symptom eines Wandlungsprozesses, der sowohl auf Flexibilisierung und Individualisierung als auch auf die beginnende Computerisierung antwortet, so ist die Strukturbruchthese durchaus sinnvoll anzuwenden (S. 125).

Der Aufsatz von Ingrid Artus gibt einen vergleichend angelegten Überblick über die Geschichte der betrieblichen Interessenver-

tretung in Deutschland und Frankreich. Artus charakterisiert die Entwicklung des deutschen Mitbestimmungssystems mit dem Begriff der Konversion: Institutionen wie etwa der Betriebsrat wurden in dieser Zeit in Deutschland ständig an neue Anforderungen angepasst, wohingegen in Frankreich bei Umbruchsphasen immer wieder neue Institutionen entstanden, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden (S. 214). Die Terminologie des „Strukturbruchs“ wird von der Autorin abgelehnt, da dieser die Gefahren, die Vorstellung einer zu scharfen Grenzziehung zu erwecken. Sie versteht die 1970er Jahre dagegen als „Scharnierjahre“, in denen etwas Neues beginnt, dessen revolutionäre Folgewirkungen jedoch erst in den späteren Jahrzehnten sichtbar werden (S. 242 f.). Zu ähnlichen Schlüssen kommt auch Rüdiger Hachtmann. Er bearbeitet mit seinem Aufsatz zu Rationalisierungsdiskursen in den bundesdeutschen Gewerkschaften ein bislang noch zu wenig behandeltes Forschungsthema: die kritische Aufarbeitung der gewerkschaftlichen Diskurs- und Handlungslogik zu den Themen Taylorismus, Fordismus, Rationalisierung. Hachtmann macht eine erstaunliche Kontinuität der Rationalisierungsbegeisterung in den Gewerkschaften aus. Die Begeisterung habe angehalten, seit der „bekenkende Antisemit und Gewerkschaftsfeind Henry Ford Anfang der 1920er Jahre mit geschicktem Marketing und massenwirksam“ die Zauberformel „Fordismus“ als Antriebskraft für ewigen Fortschritt und Wohlstand angepriesen habe (S. 182). Diese „Zauberformel“ sei, so Hachtmann, bis Mitte der 1970er Jahre in den Gewerkschaften wirksam geblieben. Zwar habe sich die Diskussion seitdem langsam verschoben, gerade auch in Zusammenhang mit den Diskussionen um die „Humanisierung der Arbeit“ sowie durch den Einfluss der 68er-, Ökologie- und Frauenbewegung. Hachtmann resümiert aber, dass die vorhandene Kritik schlussendlich wenig praktische Wirkung gezeigt habe. Am Ende des Aufsatzes betont er, dass die Produktionsregime des Fordismus und Taylorismus heute wieder an Boden gewinnen. Er widerspricht insofern der These, dass von einem „Ende des Fordismus“ gesprochen werden

kann, denn viele Großkonzerne greifen auch in Deutschland in den letzten Jahren wieder vermehrt auf das Fließband und einen hohen Anteil an billiger manueller Arbeitskraft zurück (S. 208). Die „Branchenführer“ beschränken sich dabei auf die Kontrolle der Schlüsselkomponenten der IT-Systeme und delegieren die eigentliche Fertigung an Zulieferer, in denen fordistische und tayloristische Produktionsformen *en vogue* sind (S. 207): ein „postfordistischer Fordismus“, wie Hachtmann ironisch bemerkt (S. 208).

In einer eher soziologisch fundierten Untersuchung beschäftigt sich Nina Weimann-Sandig mit der Entwicklung der Arbeitnehmervertretung bei kommunalen Energieversorgern. Hier hätten die Liberalisierung und Europäisierung sowie die damit verbundene Privatisierung der Energieunternehmen seit Mitte der 1990er ein verändertes ArbeitnehmerInnenbewusstsein hervorgebracht. Auf der Grundlage von qualitativen Interviews zeigt die Autorin, dass bei den ArbeitnehmerInnen in der Energieversorgung trotz einer zunehmenden Angst vor Arbeitsplatzverlust das Kollektivbewusstsein eher gering ausgeprägt ist. Eine Folge sei, dass die Betriebsräte ihre Funktion immer mehr verlieren. Weimann-Sandig sieht einen Trend zum „individuellen *bargaining*“: „Im Zuge eines wirtschaftlichen und konkurrenzorientierten Geschäftsbetriebes wurden in den untersuchten Unternehmen Managementstile etabliert, die die Eigenverantwortlichkeit der Arbeitnehmer stark in den Vordergrund stellen“ (S. 153). An dieses Ergebnis hängt die Autorin die Frage an, welche Gestalt und Funktion die Betriebsräte heute haben müssen, um den veränderten Arbeitsverhältnissen gerecht zu werden. An dieser Stelle wäre ein historischer Blickwinkel interessant. So fragt man sich etwa, ob das Kollektivbewusstsein in den 1970er Jahren wirklich größer war, zumal die Arbeitsbeziehungen vor der Liberalisierung von der Autorin als sehr konfliktarm beschrieben werden.

Am Ende des Bandes fassen Wilfried und Dietmar Süß die Ergebnisse zusammen, zeigen Lücken auf und geben einen interessanten Ausblick auf zukünftige Betätigungsfelder von ZeithistorikerInnen, die sich mit Arbeitsgeschichte befassen. Es lohne sich

danach zu fragen, was passiert, wenn Arbeit ihre Gestalt verändert, wenn sie neu verteilt wird und wenn Arbeitsverhältnisse sich wandeln und immer weniger Arbeitskräfte gebraucht werden. Der Band veranschauliche, dass man diese Veränderungsprozesse sehr unterschiedlich bewerten könne (S. 345).

Wie bereits in den einleitenden Sätzen erläutert, basieren die meisten Beiträge des Bandes auf der Untersuchung von institutionellen Prozessen, so etwa der gelungene Beitrag von Andrea Rehling zur „Konzertierten Aktion“. Ein weiterer Schwerpunkt des Buches liegt auf der Analyse der Entwicklung der Interessenvertretungen. Dagegen werden wichtige Impulse neuerer Arbeitsgeschichte, etwa der Global Labour History, leider nur sehr beschränkt aufgenommen. Dies wird auch im Fazit konstatiert. Winfried und Dietmar Süß begründen diesen Umstand damit, dass dies der Preis sei, der für eine Verbindung zeitgeschichtlich informierter Forschung mit der Industrie- und Gewerkschaftssoziologie zu zahlen sei. Sie umreißen vier wichtige Themenfelder, die im Band weitgehend fehlen und die in der weiteren Forschung berücksichtigt werden sollen: erstens inter- und transnationale Dimensionen in der Geschichte der Arbeit, zweitens Semantiken der Arbeit, drittens die akteurszentrierte Geschichte der Arbeitswelt(en) und viertens das Verhältnis von Wohlfahrtsstaat und Arbeitsgesellschaft (S. 348). Ein weiterer wichtiger Themenkomplex, der insbesondere bei der Untersuchung der Arbeitsverhältnisse in den 1970er und 1980er Jahren eine große Rolle spielt, ist die Veränderung des Produktionsprozesses durch die Einführung von neuen Technologien wie zum Beispiel der Mikroelektronik. Das Thema fehlt in der vorgestellten Publikation weitgehend. Zu diesem Themenkomplex gibt es einige zeitgenössische industriesoziologische Untersuchungen, deren Historisierung lohnend erscheint. Auch das Thema der Arbeitsprotestbewegung sucht man im Sammelband vergeblich, obwohl gerade die 1970er und 1980er Jahre eine „Hoch-Zeit“ von neuen Protestformen wie etwa der Betriebsbesetzung waren.

Rezensionen / Book Reviews

Was die Strukturbruchthese betrifft, so zeigt der Sammelband, dass die These weiterhin stark diskutabel bleibt, vor allem was ihren Deutungsanspruch als Ordnungsmodell der Periodisierung angeht. Die zeitlich weit gestreuten und jeweils ganz unterschiedlichen Ausschnitte historischer Wirklichkeit lassen die Deutung der Zeit seit den 1970er Jahren als sozialen Wandel revolutionärer Qualität nicht ohne weiteres zu.

Sarah Graber Majchrzak